Der Weg zur Sicherheit Europas

Autor(en): **Mochalski, Herbert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141476

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ganz persönlich fragen: Was heisst für mich «eine Hand voll Ruhe»? Wie finde ich diese Ruhe? – Wichtig ist, dass jeder mit der Gewissheit nach Hause geht: Ich brauche ein Hand voll Ruhe, und diese Hand voll Ruhe ist auch für mich zu finden. Amen. *Heinrich Hellstern*

Der Weg zur Sicherheit Europas

Anfang der fünfziger Jahre stand die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Tagesordnung. Die CDU unter Führung Adenauers versprach, sie auf dem Wege der Rüstung und der Eingliederung der Bundesrepublik in einen starken Westen zu erreichen. Die Politik der Stärke und der Westabmarsch der Bundesrepublik sollten das geteilte Deutschland wieder zusammenführen. Dieser Unsinn wurde geglaubt und praktiziert. Das Ergebnis kennen wir: Die endgültige Teilung Deutschlands in zwei deutsche Staaten. Der heutige Bundesminister Dr. Heinemann entlarvte damals den Unsinn dieser Politik als Selbsttäuschung und Irreführung mit den einsichtigen Worten, der Weg nach Leipzig und Rostock führe nicht über Paris und Washington.

Seitdem sind 15 Jahre vergangen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der europäischen Sicherheit. Europa ist geteilt. Die Grenzlinie verläuft zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Weder ein Überschreiten dieser Grenzlinie noch ein Ausbrechen aus dem jeweiligen Paktsystem ist möglich. Auch Frankreich ist kein Gegenbeispiel. Es bleibt im Paktsystem des Westens verankert, wenn auch seine Politik darauf gerichtet ist, das westliche Paktsystem durch ein europäisches Sicherheitssystem zu ersetzen, das Ost- und Westeuropa umfasst.

Die Chancen dafür sind 1969 mit dem Auslaufen des NATO-Vertrages und seiner danach jährlich möglichen Kündigung und mit der dann automatisch folgenden Aufhebung des Warschauer Paktes gegeben. Das klingt sehr einfach. Aber wir wissen, dass das Einfache schwer zu tun ist. Warum?

Das Einfache hat zur Voraussetzung, dass alle Beteiligten an einem System europäischer Sicherheit die bestehenden Staaten Europas und ihre gegenwärtigen Grenzen anerkennen. Von keinem europäischen Staat kann billigerweise erwartet werden, dass er einem Sicherheitssystem beitritt, das seine eigene Sicherheit nicht garantiert. So lange auch nur ein Staat nicht von allen Beteiligten in seinen Grenzen anerkannt ist, kann es zu einem Vertrage über europäische Sicherheit nicht kommen. Der Weg blosser Gewaltverzichtserklärungen führt nicht zu einem europäischen Sicherheitssystem, so wenig der Weg über Paris und Washington nach Leipzig und Rostock führte. Dieser Weg war eine Selbsttäuschung und Irreführung, jener ist es nicht weniger.

Wer Gewaltverzicht anbietet ohne Anerkennung des Status quo, das heisst der bestehenden Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen, unter-

streicht nur, dass sein Ziel und seine Absicht bleiben, den Status quo zu ändern. Der Bundeskanzler hat das bestätigt.

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu wollen, ist aber nicht nur Selbsttäuschung und eine Irreführung unserer Bevölkerung, sondern ein Spiel mit dem Feuer. Die Sowjetunion – und alle Staaten Osteuropas – haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass es in dieser Frage nichts zu verhandeln oder abzuhandeln gibt. Unsere westlichen Verbündeten denken – und handeln – nicht anders. Der Versuch, sozusagen durch die Hintertür Osteuropa «aufzuweichen», ist endgültig gescheitert.

Der Bundesaussenminister sucht neue Gespräche mit Moskau. Das ist nötig. An Moskau vorbei gibt es keinen Weg zu einem europäischen Sicherheitssystem. Das heisst aber zugleich: An der Anerkennung der Folgen des Zweiten Weltkrieges vorbei gibt es keinen Frieden in Europa. Wann endlich werden unsere Politiker daraus die Konsequenzen ziehen?

Herbert Mochalski, in der Stimme der Gemeinde, 1. November 1968

Erklärung des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der Bundesrepublik Deutschland *vom 9. Oktober 1968*

Der Regionalausschuss der Christlichen Friedenskonferenz in der BRD hat in seiner Erklärung vom 10. Juli 1968 «im Hinblick auf die Notwendigkeit und Förderung der europäischen Zusammenarbeit» Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage des territorialen Status quo gefordert und festgestellt: «Nur wenn die Bundesregierung die gegenwärtigen Grenzen als Folge der Niederwerfung Hitlerdeutschlands und der Befreiung vom Nationalsozialismus anerkennt, ist der Ausgangspunkt für eine Friedensordnung in Europa gegeben.»

Die bestürzenden Ereignisse des 21. August in der CSSR haben diese Auffassung bestätigt und in erschreckender Weise gezeigt, dass das Fehlen eines «europäischen Sicherheitssystems, in dem die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander dauerhaft geregelt werden» (Erklärung vom 10. Juli) jede progressive Entwicklung hindert und die Teilung Europas in zwei mächtige Paktsysteme verfestigt.

Nach wie vor gilt die Maxime der CFK, dass militärische Aktionen – wo immer sie stattfinden – die politischen Probleme der Völker nicht lösen können und werden. Wir fordern deshalb den Abzug sämtlicher Truppen der fünf Länder des Warschauer-Paktes aus der CSSR, müssen aber diese Forderung mit dem Verlangen nach der Anerkennung der Folgen des Zweiten Weltkrieges durch die Bundesrepublik Deutschland verbinden, weil nur in einem Europa, in dem faktisch und juristisch keine territorialen Veränderungen erstrebt werden, eine progressive Entwicklung innerhalb der bestehenden Gesellschaftssysteme möglich wird.

Stimme der Gemeinde, 1. November 1968